# *Klimapolitik in Großbritannien*

Theresa Finck
Claudia Crawford

Großbritannien, das an allen Seiten an Meere grenzt, hat eine besondere Klimaproblematik. Der weltweit steigende Meeresspiegel macht auch vor der britischen Insel keinen Halt. Küstennahe Gebiete sind von regelmäßigen Überflutungen bedroht. 2007 erlebte das Land das schlimmste Hochwasser seit 60 Jahren. Der Katastrophenschutz und die Behörden waren dem nicht gewachsen und reagierten zu langsam. Um die Ausmaße der Katastrophe zu erfassen, aber auch um deren Ursachen und Folgen zu analysieren, wurde von der Regierung eine Studie, die „Pitt Review"[1], in Auftrag gegeben. Sie beschreibt die Auswirkungen auf die am schlimmsten von Hochwasser und Fluten bedrohten Regionen und enthält einen Katalog von Schutzmaßnahmen, die die Regierung aus Sicht des Autors ergreifen sollte. Sir Pitt stellt letztlich fest, dass der fortgeschrittene Klimawandel durch die damit einhergehenden extremen Wetterlagen schon jetzt eine akute Gefahr für das Land darstellt. Die Studie *Anthropogenic greenhouse gas contribution to flood risk in England and Wales in autumn 2000*[2] der Oxford University, die im Januar 2011 erschienen ist, kommt zu einem ähnlichen Ergebnis. Sie konnte nachweisen, dass es einen Zusammenhang zwischen den wiederkehrenden Überflutungen und dem Klimawandel gibt. Eine andere extreme Wetterlage erlebte Großbritannien im Dezember 2010. Unaufhörliche Schneefälle überzogen flächendeckend das unvorbereitete Land. Die Auswirkungen waren gravierend. Für mehrere Wochen kam größtenteils der Flugverkehr zum Erliegen, auch die Züge und Busse konnten nicht mehr fahren. Das Chaos offenbarte deutliche Lücken im Katastrophenschutz. Den Behörden dürfte klar geworden sein, dass kein Wetterszenario zu unwahrscheinlich ist, um sich nicht darauf einstellen zu müssen.

Experten fordern schon länger eine bessere Vorbereitung auf solche Wettersituationen, zum Beispiel in dem *Adapting to Climate*-Report[3] des Umweltministeriums vom Juni 2009. Er erörtert, inwieweit dem Klimawandel von britischer Seite entgegengewirkt werden kann oder ob angesichts seiner Unabwendbarkeit lediglich Schutzmaßnahmen ergriffen werden können. Der Bericht beschreibt sehr detailliert, welche Veränderungen zu erwarten sind. Viele Bereiche wurden angesprochen - von der Bausubstanz über den Straßenbau, die Landwirtschaft, die Versorgung mit Gütern bis hin zur Bedrohung durch Unwetter und Hochwasser - und Vorschläge zur Anpassung an die neuen klimatischen Bedingungen vorgelegt. Beispielhaft ist die britische Bausubstanz zu nennen, die in

---

[1] Diese Studie wurde von Sir Michael Pitt durchgeführt. Sein Bericht war eine Analyse des Hochwassers 2007. Er ist unabhängiger Professor.
http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20100807034701/http://archive.cabinetoffice.gov.uk/pittreview/_/media/assets/www.cabinetoffice.gov.uk/flooding_review/pitt_review_full%20pdf.pdf
Die Antwort der Regierung auf die Empfehlungen des „Pitt Review□:
http://www.defra.gov.uk/environment/flooding/documents/risk/govtresptopitt.pdf
[2] http://www.ox.ac.uk/media/news_stories/2011/110216.html; http://sciences.blogs.liberation.fr/files/pluies-diluviennes-galles-climat.pdf
[3] http://www.defra.gov.uk/environment/climate/documents/uk-climate-projections.pdf

weiten Teilen noch nicht den neuen klimatischen Wetterbedingungen angepasst ist. Den Gebäuden fehlt es unter anderem an einer guten Isolierung, ein Großteil der Altbausubstanz ist nach wie vor mit Einfachglasfenstern ausgestattet, die sowohl in heißen Sommern als auch in kalten Wintern die Energiebilanz deutlich negativ beeinflussen. Private Haushalte verbrauchen etwa ein Drittel des gesamten Energiebedarfs im Vereinigten Königsreich. Eine Studie des Ministeriums für Handel und Industrie, *Energy Consumption in the UK* [4], von 2001 ergab, dass der Energieverbrauch von privaten Haushalten im Jahr 2001 mit einem Anteil am Gesamtverbrauch von circa 30 Prozent höher war als der der englischen Industrie. Diese Zahl wird in den letzten zehn Jahren kaum gesunken sein, da wenig in diesem Bereich geschehen ist. Denn es ist schwer, Maßnahmen im privaten Bereich umzusetzen. Die Regierung kann die Kosten für Umbaumaßnahmen nicht übernehmen und muss folglich die Bürger motivieren, ihre Häuser auf eigene Kosten umzurüsten. Dies versucht sie künftig mit Hilfe des „Green Deal"[5], der im Herbst 2012 in Kraft treten soll. Die Idee ist, dass private Haushalte, die ihre Häuser umgestalten, damit sie energieeffizienter sind, Gelder von Firmen bekommen. Diese können im Gegenzug die Ausgaben von ihrer Stromrechnung abziehen.

Ein wichtiger Partner in allen Fragen des Klimawandels ist die Europäische Union. Großbritannien bemüht sich, die Vorgaben und gesteckten Ziele der EU einzuhalten. Dabei soll vor allem der Climate Change Act[6] der britischen Regierung von 2008 helfen. Der damit gesetzte ehrgeizige Plan lautet, die Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 bis 2050 um 80 Prozent zu senken. Das soll in unterschiedlichen Etappen erreicht werden. Bis zum Januar 2012 muss die Regierung eine Klimawandel-Risikobeurteilung vorlegen. Der Climate Change Act sieht außerdem einen Low Carbon Transition Plan[7] vor. Das Vorhaben ist, bis 2020 den erzeugten Strom bis zu 31 Prozent aus Erneuerbaren Energiequellen zu gewinnen. Das Vorhaben der Regierung, eine unterirdische $CO_2$-Speicherung einzurichten, ist ebenfalls Bestandteil des Plans. Mit dem Climate Change Act ist die britische Regierung die erste, die einen langfristigen rechtsverbindlichen Rahmen zur Reduzierung des Karbon-Ausstoßes eingeführt hat[8]. Gleichermaßen gehört sie seit 2008 zu einer der wenigen Regierungen weltweit, die ein eigenes Energie- und Klimaministerium eingerichtet haben.

Die öffentliche Klimadebatte hat in den letzten Jahren deutlich nachgelassen. Auf der einen Seite hat der ergebnislose Klimagipfel in Kopenhagen viele Hoffnungen der Bevölkerung und der Wissenschaft auf eine internationale Einigung zerstört. Auf der anderen Seite wurde die Debatte von der globalen Finanzkrise überlagert, die Großbritannien heftiger traf als andere Länder. Trotzdem haben die Parteien den Kampf gegen den Klimawandel in ihre Wahlkampagne im Jahr 2010 aufgenommen. Klimapolitik und „grüne Ökonomie" waren während des Wahlkampfes und des Regierungswechsels im

---

[4] http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/+/http://www.berr.gov.uk/files/file11250.pdf
[5] http://www.decc.gov.uk/en/content/cms/what_we_do/consumers/green_deal/green_deal.aspx
[6] http://www.legislation.gov.uk/ukpga/2008/27/contents
[7] http://www.decc.gov.uk/assets/decc/white%20papers/uk%20low%20carbon%20transition%20plan%20wp09/1_20090724153238_e_@@_lowcarbontransitionplan.pdf
[8] http://www.defra.gov.uk/environment/climate/legislation/

Mai 2010 präsenter in den Medien als beim internationalen Klimagipfel in Cancún. Der jetzige Premierminister, David Cameron, sprach nach seinem Wahlsieg sogar von der grünsten Regierung aller Zeiten. Die Klimapolitik setzte er damit oben auf die Tagesordnung der Koalition, was von den Medien auch entsprechend aufgenommen und kommentiert wurde. Die ambitionierten Ziele der alten Regierung aus dem des Climate Change Act werden von der neuen Regierung weiterverfolgt.

Allerdings wird immer wieder debattiert, ob die Briten wirklich ideal auf einen Klimawandel vorbereitet sind. Pläne der Regierung, Teile des Nationalforstes verkaufen zu wollen, haben beispielsweise kürzlich für Irritationen gesorgt. Die grünste Regierung aller Zeiten möchte nicht einmal ein Jahr nach Amtsantritt den eigenen Forst abgeben. Die Bevölkerung hat solange ihren Unmut ausgedrückt, bis die Regierung diese Pläne fallen ließ.

In den Medien wird immer wieder das Problem schwindenden Lebensraums einiger Völker weltweit erörtert, die aufgrund des sich verschärfenden Wassermangels gezwungen sind, ihre angestammten Gebiete zu verlassen. Das erhöht den Migrationsdruck auf Nachbarländer und Länder, die nicht von diesem absoluten Wassermangel bedroht sind.

Allerdings gibt es auch in Großbritannien immer wieder Skeptiker, die nicht daran glauben, dass der Klimawandel tatsächlich eintritt. Deren Zahl hat sich angeblich in den letzten Jahren verdoppelt.[9] Dazu beigetragen hat sicherlich, dass die gefühlten Temperaturen nicht unbedingt den Erwartungen an eine Erwärmung entsprachen. In den vergangenen Monaten prägten eher Eis und Schnee die Lebenswirklichkeit der Bürger. Unter den kursierenden Theorien, wie sich der Klimawandel auf Europa auswirkt, gibt es auch die Vermutung, dass es in den hiesigen Breiten eher zu einer Eiszeit kommt. Auch dieser Aspekt wurde in den Medien diskutiert.

Europa wird als wichtiger Kooperationspartner im Bereich der Klimapolitik angesehen, auch wenn die EU manchmal als langwierig und schwierig in der Entscheidungsfindung wahrgenommen wird[10]. Die Klimafragen auf nationalem Niveau werden auf jeden Fall immer wieder durch die Richtlinien aus Brüssel beeinflusst. Ein Beispiel dafür ist der Emissionshandel, der nur international funktionieren kann. Die britischen Medien berichten immer wieder darüber und sehen ihn nicht ganz unkritisch.[11] Die *Financial Times* beschreibt beispielsweise den Raub von Emissionsrechten und nennt damit einen großen Kritikpunkt in diesem System, das eigentlich einen besseren Umgang mit dem eigenen Ausstoß von $CO_2$ zum Ziel hatte.

Deutschland wird als Vorreiter wahrgenommen in Bezug auf Erneuerbare Energien. Die technologischen Fortschritte führen zu einem Import deutscher Produkte. Deutsche

---

[9] http://www.dailymail.co.uk/sciencetech/article-1351217/Climate-change-sceptics-double-4-years-Britain-goes-cold-global-warming.html
[10] http://www.chathamhouse.org.uk/files/17026_bp0710_mitchellmabey.pdf, S. 11
[11] http://www.ft.com/cms/s/0/368f8482-387d-11e0-959c-00144feabdc0.html#axzz1EMV768qw (Into thin air, Carbon trading, An outbreak of fraud in the European emissions trading scheme has battered the credibility oft he bloc's chief weapon in the fight against global warming, writes Joshua Chaffin)

Firmen sind in diesen Fragen Partner, zum Beispiel Siemens und E.ON. Sie bekommen den Zuschlag für entscheidende Projekte wie den Bau von Windparks in der Nordsee. Auch in der Automobilindustrie überzeugt die deutsche Industrie mit ihren grünen Labels. Jedoch wird Deutschland auch kritisiert: so für die Entscheidung im Jahr 2005, Kohle- statt Gaskraftwerke zu bauen.[12]

Die Klimapolitik geht immer wieder einher mit der Frage nach Ressourcen. Die Öl-, Kohle- und Gasbestände weltweit sind nicht unerschöpflich und ihre Verfeuerung ist klimaschädlich. Deshalb ist die Erforschung von anderen Energiequellen ein wichtiges Ziel, das einhergeht mit der Verringerung des $CO_2$-Ausstoßes. Die Energiepolitik ist folglich stark von der Frage des Klimawandels beeinflusst. Das zeigt auch der Climate Change Act, der zum einen ein eindeutiger Schritt zu einem bewussteren Umgang mit den eigenen Rohstoffreserven führt als auch zu einer Verringerung der $CO_2$-Emissionen. Die hohen Zielsetzungen der Regierung können nur erreicht werden, wenn Erneuerbare Energien zum Einsatz kommen. Dabei wird versucht, die eigenen räumlichen Ressourcen bestmöglich auszunutzen. In der Nordsee wurden Windkraftanlagen gebaut, im atlantischen Ozean werden Wellen- und Gezeitenenergiekraftwerke entwickelt. Die Energieversorgung, die durch den Einsatz dieser neuen Technologien erreicht wird, ist im Sinne des Climate Change Acts, denn die $CO_2$- Emissionen konnten bereits verringert werden.

Sowohl die Ressourcenfrage und damit die Frage nach der Energieabhängigkeit (im schlimmsten Fall von zweifelhaften Staaten) als auch das Ziel, die $CO_2$- Emissionen zu verringern, tragen dazu bei, dass Großbritannien der Nutzung der Atomenergie mehrheitlich positiv gegenübersteht. Auch die Reaktorkatastrophe in Fukushima, Japan, hat an dieser Einstellung nichts wesentlich verändert. Die Pläne, acht neue Kernreaktoren bauen zu wollen, wurden erst in der jüngsten Zeit wieder thematisiert[13]. Die Realisierung dieser Pläne dürfte wesentlich mehr von der Frage der Finanzierbarkeit und der Investitionsbereitschaft potentieller Unternehmen als von politischen Bedenken abhängen.

Eine starke Verbindung mit weiteren politischen Themenfeldern besteht im Besonderen mit dem Wirtschaftssektor. Durch die Veränderung des Energieerzeugungssektors entstehen neue Chancen. Die neuen umweltfreundlichen Technologien sorgen nicht nur für die Schaffung vielfältiger neuer Berufe, sondern sie sind auch aufwendig in ihrer Herstellung und Implementierung, die durch eine sinnvolle Wirtschaftspolitik unterstützt werden müssen. Deshalb gründete das britische Wirtschaftsministerium in 2008 das Climate Change Projects Office[14]. Dieses Office unterstützt und berät Projekte, die dem Koyoto-Protokoll entsprechen.[15] Ein weiteres wichtiges Projekt ist die Green Investment Bank. Sie stellt ab Mitte 2012 Gelder zum Aufbau und zur Durchführung von Projekten zur Verfügung, die zu einer kohlenstoffarmen und Erneuerbaren Energieinfrastruktur führen. Das heißt, mit ihr sollen neue Bauvorhaben subventioniert werden, die zu einer

---

[12] http://www.newscientist.com/article/mg20928012.600-germanys-coal-own-goal-over-carbon-permits.html
[13] The Guardian, 23. Juni 2011 http://www.guardian.co.uk/environment/interactive/2009/apr/15/nuclear-power
[14] Übersetzung für Climate Change Projects Office, http://www.bis.gov.uk/policies/business-sectors/ccpo
[15] http://www.bis.gov.uk/files/file48357.pdf

veränderten Energieversorgung führen. Im Idealfall können dank dieser Finanzierungshilfe die Emissionsziele erreicht werden, die der Climate Change Act vorsieht. Die erst von David Cameron gegründete Green Investement Bank steht allerdings jetzt schon in der Kritik, dass sie die Versprechen nicht halten kann, die mit der Gründung dieser Bank verbunden waren.[16]

Nachdem das Klimatreffen von Kopenhagen 2009 für die allermeisten Teilnehmer enttäuschend war, dämpfte die britische Regierung ihre Erwartung an eine große Einigung beim Klimagipfel in Cancún von Beginn an. Deshalb wurde das Treffen eher als ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einem internationalen Abkommen betrachtet. Das Ziel war somit, einer Einigung näher zu kommen, weniger, sie schon zu erreichen. Diese Einstellung erklärt die Abwesenheit von Premierminister Cameron in Cancún. Nach seiner Auffassung war es ausreichend, Energie- und Klimaminister Chris Huhn zu schicken. Solange kein rechtsverbindliches Abkommen absehbar sei, sei die Anwesenheit des Staatschefs nicht zwingend notwendig. Für Cameron ist es entscheidend, schon jetzt das eigene Land klimafreundlich weiterzuentwickeln. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten zur Reduzierung des Karbon-Ausstoßes als auch die Investitionen in grüne Energien sollen folglich weiter ausgeschöpft werden, um der Welt ein praktisches Beispiel zu sein.[17]

Die Arbeit an einem internationalen Abkommen soll dadurch nicht vernachlässigt werden. Die Klimagipfel sind trotz mancher Misserfolge positiv zu werten, denn alle großen Nationen kehren regelmäßig an einen Tisch zurück und diskutieren über Lösungen. Bei einem derartigen komplexen und globalen Problem ist nach Ansicht des Premierministers bereits das ein Fortschritt.[18] Dass auch Staaten wie die USA und China an den Ideen und Vorschlägen in Kopenhagen mitgearbeitet haben, sieht David Cameron als einen großen Schritt zu einem zukünftigen Aktionsplan in Sachen Klimawandel.

Ganz konkret möchte Großbritannien, dass unter anderem die Reduzierungszusagen von Industrie- und Entwicklungsländern aus der Kopenhagener Einigung förmlich im UNFCCC-Prozess verankert werden. Des Weiteren möchte die britische Regierung erreichen, dass darüber nachgedacht wird, wie ein Mess-, Berichts- und Kontrollsystem entworfen werden kann. Eine langfristige Klimafinanzierung soll außerdem durch den Aufbau eines „Grünen Fonds" eingerichtet werden, die Grundlage dafür hat die Beratende Gruppe zur Klimafinanzierung[19] gegeben. Neben diesen großen Zielen sieht die Regierung Großbritanniens den Schutz der Regenwälder und die Versorgung von Entwicklungsländern mit neuer klimafreundlicher Technologie als besonders wichtige Punkte.[20]

Die Bemühungen und Absichten der britischen Regierung, dem Klimawandel, soweit es noch möglich ist, entgegenzuwirken, sind groß. Sie hat sich sowohl auf nationaler als

---

[16] http://www.guardian.co.uk/commentisfree/cif-green/2010/dec/15/green-investment-bank-chris-huhne und http://www.guardian.co.uk/politics/2010/dec/15/chris-huhne-on-green-energy-plans
[17] Vgl. http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2010/nov/28/david-cameron-climate-change-cancun
[18] Vgl. ebd.
[19] http://www.fco.gov.uk/en/news/latest-news/?view=News&id=23157861
[20] http://ukinmexico.fco.gov.uk/en/about-us/working-with-mexico/climate-change/cop-16

auch internationaler Ebene hohe Ziele gesetzt. Ob David Cameron es wirklich schafft, die grünste Regierung aller Zeiten zu führen, wird in den nächsten Jahren an den Taten und erreichten Ergebnissen zu beobachten sein.